



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 11. Oktober 2017

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- Mindestens 12 Menschen sind beim Überqueren des Grenzflusses Naf nach Bangladesh ertrunken. Als Angehörige der Rohingya sind sie vor der Verfolgung in Burma geflohen.
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/fluechtlinge-aus-burma-mehrere-rohingya-bei-unglueck-vor-bangladesch-gestorben-a-1171996.html> (09.10.17)
- Ein Schiff der tunesischen Marine hat ein Boot mit Fliehenden im Mittelmeer gerammt, dabei starben mindestens acht Menschen. Das tunesische Verteidigungsministerium kündigt an, die Umstände aufklären zu wollen.
<http://www.spiegel.de/panorama/fluechtlinge-marineschiff-im-mittelmeer-rammt-boot-von-migranten-a-1172106.html> (09.10.17)
- 4000-6000 geflüchtete Menschen wurden in der libyschen Küstenstadt Sabratha aus Lagern befreit, die bisher vor Ort herrschende Milizen betrieben hatten. Der UNHCR hat zunächst die Verantwortung für die Menschen übernommen. Sabratha war in den letzten Wochen hart umkämpft, die Milizen sind nun vertrieben.
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/libyen-mehr-als-4000-fluechtlinge-aus-illegalen-camps-befreit-a-1172265.html> (10.10.17)
- Amnesty International hat einen Bericht zur Sicherheitslage in Afghanistan in Zusammenhang mit Abschiebungen in das Land veröffentlicht. „Forced back to Danger“ so der Titel des Berichts, macht deutlich, dass keine Region in Afghanistan sicher sei. Das müsse sich auch in den Anerkennungsquoten der Staaten widerspiegeln, in denen Menschen afghanischer Staatsbürgerschaft um Schutz suchen. Seit der ersten Sammelabschiebung aus Deutschland nach Afghanistan im Dezember 2016 wurden 118 Menschen zwangsweise rückgeführt. Amnesty hat in dem Bericht weiterhin Fälle von Menschen dokumentiert, die bereits als Kinder aus Afghanistan geflohen sind, das Land nicht mehr kennen und dennoch dorthin abgeschoben wurden. Ein Familienvater, aus Norwegen abgeschoben, wurde kurz nach der Abschiebung entführt und ermordet, so ein weiterer, im Bericht auftauchender Fall. Im vergangenen Jahr wurden knapp 11.500 Menschen getötet oder verletzt, im ersten Halbjahr 2017 waren es 5.200.
<http://www.migazin.de/2017/10/05/amnesty-international-bundesregierung-lebensgefahr-asylbewerber/> (05.10.17)

- Der Präsident Frankreichs, Emmanuel Macron, hat angekündigt, innerhalb von zwei Jahren 10.000 Fliehende aus den Transitländern Türkei, Libanon, Jordanien, Niger und Tschad aufzunehmen. Nach Plänen der EU-Kommission sollen es in den kommenden zwei Jahren mindestens 50.000 Fliehende sein, die die EU-Mitgliedsstaaten aufnehmen sollen.
<http://www.tagesspiegel.de/politik/frankreich-macron-will-10-000-fluechtlinge-legal-einreisen-lassen/20435620.html> (10.10.17)
- Das Europäische Parlament hat die EU-Mitgliedsstaaten aufgefordert, eine gemeinsame Asylpolitik zu schaffen.
<http://www.zeit.de/news/2017-10/04/eu-eu-parlament-fordert-einigung-auf-gemeinsames-asylrecht-04141207> (04.10.17)
- US-Präsident Donald Trump fordert den Kongress auf, die Einwanderungspolitik maßgeblich zu verschärfen. Unter anderem soll Geld für eine Grenzmauer zu Mexiko sowie für 10.000 neue Stellen in den Einwanderungsbehörden freigegeben werden. Für unbegleitete Minderjährige sollen verschärfte Abschieberegeln gelten. Außerdem sollen Ehepartner*innen und minderjährige Kinder von US-Bürger*innen nur noch eingeschränkt Greencards erhalten dürfen. Nach wie vor ist nicht klar, ob das Daca-Programm als Verhandlungsmasse dienen soll. Daca ermöglicht jungen Menschen, die minderjährig und illegalisiert in die USA gekommen sind, eine Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis zu erlangen. Die Demokratische Partei hatte Anfang September signalisiert, sich mit Trump über den Erhalt des Daca-Programms geeinigt zu haben, Trump widersprach dem.
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-10/weisses-haus-donald-trump-forderungen-einwanderung-daca> (09. 10. 17)

Bund, Land, Kommune

- CDU und CSU wollen, dass „netto“ nicht mehr als 200.000 Menschen nach Deutschland fliehen dürfen. Die Zahl der Abgeschobenen und „freiwillig Zurückgereisten“ soll von der Zahl der Neuankommenden subtrahiert werden (nach Rechnung der SZ sind gemäß dieser (!) Logik 140.000 Fliehende nach Deutschland gekommen). Wie das umzusetzen ist, ist komplett fraglich. Menschen, die die Bundesrepublik betreten und Asyl beantragen, sollen dennoch das Asylverfahren durchlaufen. Allerdings sollen sie nach den Plänen der Union in „speziellen Aufenthaltszentren“, sprich Lagern wie in Manching und Bamberg oder auch in Heidelberg, untergebracht werden. Diese Lager werden bereits seit Langem von Kirchen und Menschenrechtsorganisationen wie dem Bayerischen Flüchtlingsrat kritisiert. Es gebe dort keinen Zugang zu Rechtsberatung, die Menschen seien nahezu kaserniert und stigmatisiert, so PRO ASYL. Zudem ist das Konzept nur schwer zu realisieren, schreibt die SZ. Rund um diese Großunterkünfte müsste eine komplett neue Infrastruktur samt Schulen und Kindergärten entstehen, Konflikte wären vorprogrammiert. Weiterhin will die Union nun den Familiennachzug über den März 2018 hinaus weiterhin aussetzen. Ab kommenden Jahr sollten subsidiär Schutzberechtigte ihre Familien wieder nachholen können. An den Plänen, die EU-Grenzen nach Vorbild des Deals mit der Türkei immer weiter nach außen zu verlagern, halten CDU und CSU weiter fest.
Grüne und FDP betonen, dass die Einigung der Unionsparteien kein Kompromiss einer potentiellen Jamaika-Koalition sei, sondern lediglich Verhandlungsbasis von CDU und CSU. Aus Sachsen wird Kritik sowohl von Grünen, Linken und SPD wie auch von der CDU laut. Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag, Christian Hartmann, hätte gern genauer gewusst, wie denn nun die Zahl der neuankommenden Geflüchteten begrenzt werden soll. Juliane Nagel, migrationspolitische Sprecherin der Linken im Landtag, sieht das Grundrecht auf Asyl und die Genfer Flüchtlingskonvention – entgegen der Versprechen der Union, diese zu achten – gefährdet sollte die Einreise von Fliehenden tatsächlich unterbunden werden. Zudem sei der Vorstoß ein vollkommen falsches Signal, es werde jenen rassistischen Stimmen recht gegeben, die vor und nach der Wahl getönt hätten.

Christin Mälcher von den Grünen bezeichnete die Grenze von 200.000 als willkürlich. Für die SPD ist der Kompromiss beider Unionsparteien nur Show.

<http://www.sueddeutsche.de/politik/umstrittene-obergrenze-cdu-und-csu-erzielen-kompromiss-bei-fluechtlingspolitik-1.3700416> (08.10.17)

<http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlingspolitik-was-die-plaene-von-cdu-und-csu-in-der-praxis-bedeutend-wuerden-1.3700645> (09.10.17)

<https://mephisto976.de/news/viel-kritik-aus-sachsen-62527> (09.10.17)

- Auf eine Anfrage der Fraktion der Linken hat die Bundesregierung ausgesagt, dass sie lediglich 300 Familienmitgliedern von in Deutschland anerkannten Geflüchteten die Reise von Griechenland in die Bundesrepublik ermöglicht hat. 5.000 hatten aber die Zusage zur Einreise in diesem Jahr bereits bekommen. Die Linke kritisiert das Vorgehen als „rechtswidrige Trickserie“.
http://www.deutschlandfunk.de/fluechtlinge-bundesregierung-verzoegert-laut-bericht.1939.de.html?drn:news_id=801006 (07.10.17)
- Im Landkreis Leipzig wurde eine weitere Familie in derselben Nacht getrennt, in der auch die Familie aus dem Dresdner Hechtviertel auseinandergerissen wurde. Die Mutter sprang in Panik aus dem Fenster als die Polizei vor der Tür stand, der Vater und die drei Kinder wurden nur im Pyjama bekleidet nach Georgien abgeschoben. Ein Kind saß im Rollstuhl. Wegen seiner schweren Epilepsie war die Familie nach Deutschland gekommen da das benötigte Medikament weder in Georgien noch in der Türkei, wo sich die Familie einige Zeit aufhielt, zu erlangen war. Die Mutter möchte nun unter Druck „freiwillig“ ihrer abgeschobenen Familie hinterher reißen.
<http://www.mdr.de/sachsen/leipzig/familientrennung-durch-abschiebung-bei-leipzig-100.html> (06.10.17)
Gemeinsame PM von Bon Courage e.V. und SFR e.V.:
<http://www.saechsischer-fluechtlingsrat.de/de/2017/10/05/noch-eine-familientrennung/>
- Von autoritären Nationalismus hat Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung in einem Gastbeitrag für die Morgenpost am Sonntag geschrieben. Das Spardiktat der Landesregierung habe tiefe Narben hinterlassen. Gerade an Schulen sei der Raum für die Vermittlung von Demokratie, Diskussionskultur und kultureller Vielfalt verlorengegangen.
<http://www.sz-online.de/sachsen/sachsen-ist-kein-musterland-3790103.html> (08.10.17)

Hintergrund und Meinung

- Im Interview mit *SPON* spricht sich der ugandische Staatsminister für Flüchtlinge, Musa Ecweru, gegen Abschottung und geschlossene Grenzen aus. Sein Land hat mittlerweile 1,3 Millionen Geflüchtete aufgenommen, es droht eine Hungerkrise. Doch werde Uganda auch dann niemand abweisen oder in den Krieg, zum Beispiel nach Süd-Sudan, zurückschicken. Eher würden Bürger*innen und Geflüchtete gemeinsam hungern, als „Brüder und Schwestern“. Im Juni fand in der ugandischen Hauptstadt ein Krisengipfel statt, die Regierung hatte die internationale Gemeinschaft eingeladen und signalisiert, dass sie zwei Milliarden Dollar benötige, um die Herausforderungen zu bewältigen. Zugesagt wurden schlussendlich 358 Millionen Dollar. Deutlich kritisiert er die Asylpolitik der EU. Die Anzahl der Fliehenden, die sie aufnehme, sei ein „Tropfen auf den heißen Stein“, der Deal mit Warlords und Milizen sei keine Lösung. Die Länder Afrikas, die Fliehende aufnehmen, sollten viel stärker durch die EU unterstützt werden. Zudem wirft er den EU-Mitgliedsstaaten vor, dass sie Asylpolitik und Terrorismus miteinander vermische. In Uganda hätten die verantwortlichen Politiker*innen beide Themen immer genau voneinander getrennt.
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/ugandas-fluechtlingsminister-die-zeit-der-mauern-ist-vorbei-a-1168645.html> (04.10.17)

- In einer Reportage der *Zeit* von Veronika Völlinger wird am Beispiel des geflüchteten Jonathan Odukoya deutlich gemacht, wie es Menschen ergeht, die von Deutschland aus nach Italien gemäß der Dublin-III-Verordnung abgeschoben werden. 918 Menschen waren im ersten Halbjahr dieses Jahres davon betroffen. Odukoya hält sich nun in Syrakus auf und hat nach einiger Zeit der Obdachlosigkeit vorübergehend eine Unterkunft bei der Caritas gefunden. Er ist krank und hat Schmerzen doch in Italien kann er nicht zum Arzt gehen. Neue Aufenthaltspapiere würde er nur in Catania erhalten, doch ist er davon überzeugt, dass er sich in Syrakus besser durchschlagen kann. Gegen den Schmerz raucht er Marihuana. In Deutschland hielt er sich zwei Jahre auf, dort arbeitete er im Rahmen eines berufsvorbereitenden Praktikums. Insgesamt ist er nun vier Jahre in Europa. Momentan hofft er darauf, dass ihm ein Anwalt eine neue Aufenthaltsgenehmigung besorgen kann, solange bleibt er papierlos. So ergeht es vielen in Italien. Das System produziere viele Illegalisierte, ihnen bleibt oft nur die Obdachlosigkeit. Das Bundesverwaltungsgericht und der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg lassen derzeit am Europäischen Gerichtshof klären, ob Dublin-Abschiebungen durchgeführt werden dürfen wenn im Zielland Menschenrechtsverletzungen und Obdachlosigkeit drohen. <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-09/abschiebung-italien-dublin-sizilien-fluechtling-nigeria> (08.10.17)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 5
01097 Dresden
E-Mail: info@saechsischerfluechtlingsrat.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: refugeelawclinic@uni-leipzig.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.



UNO-Flüchtlingshilfe